

Baunatal, den 16.06.25

An den Vorsteher der
Stadtverordnetenversammlung Baunatal,
Herrn Reiner Heine

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitten nehmen Sie den folgenden Änderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 23.06.2025:

Änderungsantrag zum Antrag Infrastruktursondervermögen des Bundes muss den Kommunen zugutekommen

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Baunatal möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Mittel aus dem Infrastrukturvermögen zu 80% an die Kommunen, wie die Stadt Baunatal weiterzuleiten und nicht allein für Investitionen auf Landesebene zu verwenden.

Begründung:

In unseren Kommunen erfolgt ein Großteil der öffentlichen Investitionen, die die Lebensqualität vor Ort besonders prägen, sei es im Bereich Verkehr, Digitalisierung, Energie, Klimaschutz oder sozialer Daseinsvorsorge. Die Städte, Gemeinden und Landkreise sind zentrale Akteure bei der Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit, Klimaschutzmaßnahmen, der Verkehrswende und dem Ausbau erneuerbarer Energien. Gleichzeitig stehen sie vor großen finanziellen Herausforderungen, die notwendige Investitionen verzögern oder verhindern.

Das von CDU/CSU, SPD und GRÜNEN im Bundestag beschlossene Infrastruktursondervermögen über 500 Milliarden Euro ist eine historische Chance, dem Investitionsstau vor Ort zu begegnen, da nun umfangreiche Mittel für die Erneuerung unserer Infrastruktur zur Verfügung stehen. Auch für die Stadt Baunatal eröffnet der Beschluss die Möglichkeit, dringend notwendige Investitionen endlich anzugehen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass von den Bundesgeldern möglichst viel bei den Kommunen ankommt. Wir halten es daher für erforderlich, dass der auf das Land Hessen entfallende Anteil der Bundesgelder zu 80% den Kommunen zur Verfügung gestellt wird.

Für die Fraktion

Franziska Bünsow
(Fraktionsvorsitzende)

Damaris Müller
(Stellv. Fraktionsvorsitzende)